

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

29.05.2020

Konjunktur ankurbeln

Die Rettungspakete und Soforthilfen sind ein erster notwendiger Schritt zur erfolgreichen Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Jetzt heißt es Kopf hoch und Blick nach vorne: Was für einen Staat brauchen eigenverantwortliche Bürgerinnen und Bürger und dynamische Unternehmen? Wo können wir als Standort Deutschland neue Produktivität gewinnen – in der Forschung, in der Bildung und der öffentlichen Verwaltung? Deutschland kann mit den richtigen Prioritäten jetzt bei seinem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neustart vieles richtig machen.

Der Bundestag debattierte daher in einer aktuellen Stunde am Mittwoch über die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier versprach „eine große gemeinsame Offensive auf allen staatlichen Ebenen“, um die Rezession, in die die Pandemie die Welt gestürzt hat, zu überwinden und fügte hinzu: „Wir wollen einen Aufschwung für alle!“

Mit einem [Konjunkturpaket](#) für die deutsche Wirtschaft soll diese so stimuliert werden, dass der durch die Corona-Krise entstandene wirtschaftliche Schaden so gering wie möglich gehalten werden kann. Es gilt in die Zukunft zu investieren. Nach Pfingsten soll das Konjunkturpaket auf den Weg gebracht werden, um der Wirtschaft nach dem Ende des Lock-Downs wieder auf die Beine zu helfen.

Den Plan zum konjunkturellen Wiederbelebung fasste der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus mit den Worten „Entfesselung, Liquidität und Innovation“ zusammen.

Die Entfesselung soll hervorgerufen werden, indem Unternehmen von bürokratischen Belastungen befreit werden. Auch die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren oder die

Vereinfachung des Vergaberechts dient diesem Zweck. Liquidität sollen diejenigen Unternehmen erhalten, die vor der Krise gesund waren. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Carsten Linnemann schlug im Bundestag vor, dass diese Unternehmen aktuelle Verluste mit früheren Gewinnen steuerlich noch besser verrechnen können sollen. „Das bedeutet faktisch Steuer-rückerstattungen“. Linnemann forderte auch die Abschaffung der Vorfälligkeit von Sozialabgaben. Entlasten könne man die Unternehmen außerdem, indem man das Erneuerbare-Energien-Gesetz auslaufen lasse. Vor allem für kleine und mittelständische Betriebe müsse man „Freiräume schaffen“, so Linnemann. Dass mit dem Konjunkturpaket Innovationen gefördert werden, ist der Unionsfraktion besonders wichtig, sollen die deutschen Unternehmen auch künftig im Wettbewerb mit China oder den USA bestehen können. Stichworte sind hier Digitalisierung und Klimaschutz. „Beim Digitalen sind wir weit davon entfernt, in der Führungsgruppe der Welt zu sein“, bemängelte Brinkhaus in einem Interview mit der FAZ. Damit Unternehmen in Forschung und Entwicklung investieren, müsse der Staat Anreize setzen. Als Innovationsfelder nannte er Wasserstoff, Quantencomputer, Clouds und Cybersicherheit.

Zum Volumen des Konjunkturpakets sagte Brinkhaus, dass er bereits einen Kassensturz gefordert hatte. Zuletzt lag die Gesamtverschuldung bei 59 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Mit der Nettokreditaufnahme von 156 Milliarden Euro, die die Corona-Soforthilfeprogramme erforderten, und den Kosten des geplanten Konjunkturpakets könnte sie leicht auf 80 Prozent und mehr ansteigen.

Steuerhilfen

Die COVID-19-Pandemie stellt eine enorme Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft dar. Um den Gefahren eines geringeren Wachstums zu begegnen, diskutierte der Bundestag über einen [Gesetzesentwurf](#), der die Sicherung von Beschäftigung und die nachhaltige Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung stehen dabei im Fokus. Dabei sollen folgende steuergesetzliche Vorhaben auf den Weg gebracht werden:

Hilfen für Gastronomen: Für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen gilt vom Juli 2020 bis Juni 2021 der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 Prozent. Getränke sind davon allerdings ausgenommen. Mit Blick auf eine seriöse Haushaltsführung hatte die Unionsfraktion in diesem Zusammenhang darauf Wert gelegt, dass die Hilfsmaßnahmen auf einen eindeutig festgelegten Zeitraum begrenzt sind.

Entlastung der Kommunen bei der Umsatzsteuer: Die bisherige Übergangsregelung zur Anwendung des § 2b UStG wird auf Grund vordringlicherer Arbeiten der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, insbesondere der Kommunen, zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Eine Maßnahme, für die sich insbesondere auch die Bundesländer mit Nachdruck eingesetzt hatten. Erleichterung für Arbeitgeber: Entsprechend der sozialversicherungsrechtlichen Behandlung werden Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld und zum Saison-Kurzarbeitergeld bis 80 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen dem Soll-Entgelt und dem Ist-Entgelt nach § 106 des Dritten Buches Sozialgesetzbuches steuerfrei gestellt. Gleichlauf mit Zivilrecht für Unternehmen mit unterschiedlichster Rechtsform: Die Höchstfrist für den Stichtag der Schlussbilanz der Unternehmen, die bestimmte Umwandlungen vornehmen, wird an die zivilrechtlichen Regelungen angeglichen. Mit dem Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 569) wurde eine großzügigere Frist eingeräumt. Mit dem Corona-Steuerhilfegesetz ist auch eine Ausweitung der Lohnfortzahlung für Eltern beschlossen worden. Seit dem 30.3.2020 können Eltern eine Lohnfortzahlung für sechs Wochen erhalten, wenn sie nicht arbeiten können, weil ihre Kinder wegen der Schließungen von Kitas und Schulen nicht betreut werden. Weitere Infos zu Corona-Hilfen unter: https://www.cducsu.de/faktencheck_corona-hilfen

Gebäudesanierung – Förderplan der EU

Für September 2020 ist ein [Plan zur Förderung der Gebäudesanierung angekündigt](#) worden. Dafür hat die EU-Kommission als erste Zielbereiche am 28. April 2020

Privat- und Krankenhäuser, Schulen und KMU für Investitionen genannt. Mit diesem Sanierungsschub sollen nachhaltige Impulse in folgenden Bereichen ausgelöst werden: Unterstützung der Wirtschaft, Schaffung von Arbeitsplätzen, Bereitstellung gesünder und effizienterer Häuser, Senkung der Energiekosten und Beitrag zu den EU Klimazielen. Im September 2020 sollen im Rahmen einer Initiative „Renovation ave“ konkrete Vorschläge veröffentlicht werden.

Coronakrise - Falschmeldungen

Kremelfreundliche Akteure und russische Staatsmedien betreiben koordinierte Desinformationskampagnen mit dem Ziel, die EU und ihre Krisenbewältigung zu unterminieren und Verwirrung über den Ursprung und das Krankheitsbild des Virus zu stiften. Das belegt ein vom Europäischen Auswärtige Dienst (EAD) bereits am 24.04.2020 vorgelegter Bericht über aktuelle Falschmeldungen. Es gibt dem Bericht zufolge auch Beweise, dass offizielle chinesische Quellen – wenn auch in geringerem Maße als russische – versuchen, von möglicher Verantwortlichkeit für die Pandemie abzulenken und bilaterale Hilfe Chinas für andere Länder herausstellen.

- Ein Drittel der britischen Bürger glaubt, dass Wodka als Händedesinfektionsmittel verwendet werden kann.
- Verschwörungstheorien über 5G-Telekommunikationsmasten, die angeblich die Verbreitung von COVID-19 begünstigten, führten an mehreren Standorten in den Niederlanden, Belgien und Großbritannien zu Vandalismus gegen Telefonmasten.
- Immer mehr Menschen veranstalten in Berlin regelmäßig illegale Kundgebungen, um gegen den „Impfterrorismus“ zu protestieren, und behaupten, COVID-19 sei „nichts als eine einfache Grippe“.
- Das italienische Wahlbüro SWG stellt fest, dass der Anteil der Befragten, die China als freundlich zu Italien betrachteten, von 10% im Januar auf 52 Prozent im März gestiegen ist, während der Anteil der Befragten, die angaben, Vertrauen in EU-Institutionen zu haben, im März auf 27 Prozent gesunken ist, im Vergleich zu 42 Prozent im September. Weitere Informationen unter www.euvdsinfo.eu, 2. Bericht <https://bit.ly/2zvXPEC>, 1. Bericht <https://bit.ly/35XgMYo>, Weitere Info <https://bit.ly/2zDdYTO>.

Zitat

„Die Krise, mit der wir jetzt umgehen müssen, ist gewaltig. Aber ebenso gewaltig ist die Chance für Europa und unsere Verantwortung, in dieser Situation das Richtige zu tun.“ (EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Mittwoch in einer Sondersitzung des Europaparlaments zu ihrem Corona-Wiederaufbauplan.)